

weil, um im Vollzuge zu sprechen, zu einer wirksamen Durchführung des Verbots nicht alle Vorbereitungen getroffen sind. Der Vorwärts" erklärte, daß ein Verbot nur dann wirksam sein könne, wenn es für das ganze Reich ausgesprochen würde, und in Parteihandbüchern der SPD spricht man offen aus, daß zur Vorbereitung des Verbots der SPD die Aufhebung der Immunität aller Abgeordneten und die massenhafte Verhaftung kommunistischer Funktionäre gehört. Da das Verbot in dieser Weise noch nicht vorbereitet war, haben die Weis, Meier und Seering vorläufig davon Abstand genommen. Ein Verbot der SPD wäre ein großer Fehler", deklarieren Meier zum SPD-Vorstand. Darum ein großer Fehler, weil die Herrschaften klar darüber sind, daß sie durch das Verbot allein noch nicht die Tätigkeit der Kommunisten lähmen können. Die Trauben hängen den Äpfeln im Parteivorstand der SPD zu hoch. Darum legen sie beheliden: Das Verbot der SPD wäre ein großer Fehler." Morgen aber übermorgen, wenn sie mit Hilfe des Polizeiparates des kapitalistischen Staates bessere Voraussetzungen und Vorbereitungen geschaffen haben, werden ihnen die Trauben nicht mehr so leicht sein, dann werden sie den Sprung wagen. Die täglichen Hausdurchsuchungen und Kognitionen zeigen.

Wer hat die Legalität der SPD zu fürchten? Es ist klar, daß in Wahrheit niemand anderes als die SPD und die gesamte Bourgeoisie die legale Tätigkeit der kommunistischen Partei fürchtet. Die SPD ist kein Verbandsorgan. Sie ist eine Massenpartei, sie hat noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß das Ziel ihrer Arbeit die Beilegung der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft mittels des proletarischen Staates, in der Form der Diktatur des Proletariats ist. Die SPD hat diese Ziele öffentlich vor den Tribünen der Parlamente, in Versammlungen usw. verkündet. Sie hat eingedenk der Worte von Karl Marx, des Begründers der politischen Arbeiterbewegung gehandelt: Die Kommunisten haben nichts zu verheimlichen!

Die SPD hat ebenso öffentlich, vor der gesamten Arbeiterklasse, alle Fragen und Probleme des Klassenkampfes zur Diskussion gestellt. Es ist der alte Trick, wie das gegenwärtig in der SPD-Fresse geschieht, die SPD des "Futurismus" zu beschuldigen. Futurismus — das ist der Versuch einer Minderheit, mit Gewalt der Mehrheit des Volkes ihren Willen zu diktieren.

Die kommunistische Partei hat stets und in aller Deutlichkeit erklärt, daß die proletarische Revolution nur siegen kann, wenn sich die Mehrheit der Arbeiterklasse und des arbeitenden Volkes zu den Zielen der proletarischen Revolution bekennt.

Das Zentralkomitee der SPD legt in seinem letzten Aufruf, daß auch ohne Gewinnung der Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter die proletarische Revolution nicht möglich ist.

Aber die Mehrheit der Arbeiterklasse, darunter auch die sozialdemokratischen Arbeiter, kann man nicht durch einen Falsch, sondern durch eine jährliche, systematische Agitation und Propaganda und durch eine richtige massenkämpferische Politik gewinnen, d. h. durch eine richtige Stellungnahme zu allen, die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes berührenden Fragen, durch eine richtige Stellungnahme zu der Politik der Brüning-Braun-Regierung, der Sozialdemokratie und der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie.

Katzenfisch kann sich die kommunistische Partei mit einer hohen Agitation nicht begnügen. Sie hat die Aufgabe, den Kampf des Proletariats gegen den Faschismus zu organisieren und zu leiten, denn die SPD ist nicht ein bloßer Diskussionsklub. Würde sie das, dann brauchte die SPD wirklich die Legalität der kommunistischen Partei nicht zu fürchten. Denn dann würde sie ohne jeden Einfluß auf die Massen, und anstatt sie zu führen, ihre Aktionen zu organisieren und zu leiten, hinter den Massen herrennen.

Die Verleumdung, daß die kommunistische Partei in „den Tunnel der Illegalität" flüchten will, hat keinen anderen Zweck, als den, die hiesigen Vorbereitungen der sozialdemokratischen Führer zu einem Verbot der kommunistischen Partei zu verbergen. Und diese Vorbereitungen werden deshalb getarnt, weil die kommunistische Partei durch ihre legale Tätigkeit Millionen Anhänger gewonnen hat und noch gewinnt. Zu fürchten hat die legale Tätigkeit der kommunistischen Partei die Sozialdemokratie, deren Halbbewußte Anhänger sich von dieser Partei des Arbeiterpartei abenden und in Scharen zur kommunistischen Partei kommen. Darum verbieten ihre Minister und Parteipräsidenten den roten Frontkämpferbund, die öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen der kommunistischen Partei und die kommunistischen Zeitungen. Darum gehen die sozialdemokratischen Minister und Parteipräsidenten jedem Schuppenmann Volkrecht, kommunistische Versammlungen aufzulösen, kommunistische Funktionäre zu verhaften usw. Darum breitet der Sozialdemokrat Katzenfisch, der Parteipräsident von Berlin, das Karl-Liebknecht-Haus, den Sitz des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands, und gab damit auch das Stichwort zur Beilegung der Parteiräume in Dresden. Das alles aber sind Maßnahmen, die zwar noch nicht die vollständige Illegalität der kommunistischen Partei bedeuten, die aber ihre legale Tätigkeit außerordentlich beschränken, und die früher oder später durch weitere Maßnahmen, deren Zweck nur die Herbeiführung der vollständigen Illegalität der kommunistischen Partei sein kann, ergänzt werden.

Warum, ihr Herren Sozialdemokraten, diese Maßnahmen, wenn ihr nicht die Legalität, die legale Tätigkeit der kommunistischen Partei fürchtet?

SPD-Arbeiter kommt zur SPD

Der seit 1923 in der SPD organisierte Arbeiter Heinz Schmidt in Hainichen (Sachsen), der jahrelang aktiver Funktionär dieser Partei war, hat Anfang August seinen Übertritt zur SPD vollzogen und zur Begründung dieses Schrittes eine Erklärung abgegeben, in der er betont, daß er sich als Klassenbewußter revolutionärer Arbeiter der SPD anschließen, nachdem er erkannt habe, daß die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber der Brüning-Regierung dem Faschismus alle Wege ebnet.

In Oberlichtenau ist Ende Juli der seit 1920 in der SPD organisierte Arbeiter Kurt Fink in unsere Partei eingetreten. Er richtet an alle SPD Arbeiter einen Appell, in dem er sie auffordert, an der widersprüchlichen Politik gerade der „linken" Führer zu erkennen, daß nur die SPD den revolutionären Klassenkampf führt und für den Sozialismus kämpft.

Auch führende SPD-Funktionäre

In dem nahe bei Trier gelegenen Orte S. W. a. l. ist der sozialdemokratische Kreislagabgeordnete und Gemeindevorsteher Peter Hanf, der seit 1921 der SPD angehörte, zur kommunistischen Partei übergetreten. Der ebenfalls seit 10 Jahren der SPD angehörende Genosse Wilhelm Dürr, erster Parteikolporteur der SPD-Ortsgruppe, hat gleichfalls seinen Übertritt zur kommunistischen Partei vollzogen.

Die Reichen zahlen keine Steuern!

180 Millionen Reichsmark Ausfall allein im Monat Juli

Nach amtlichen Mitteilungen hat die Reichskasse allein im Monat Juli einen weiteren Steueranfall von 180 Millionen Reichsmark. Der Steueranfall im Monat August dürfte noch höher sein, so daß insgesamt ein Defizit von rund 2 Milliarden Reichsmark vorhanden sein dürfte. Dieser Steueranfall beweist, daß die Reichen in Deutschland überhaupt keine Steuern mehr bezahlen, denn den Arbeitern und Angestellten und Beamten werden ja direkt ihre Steuern vom Lohn und Gehalt einbehalten. Der Steueranfall ist also einzig und allein auf die direkte Steuerlast der Tage der Besitzenden zurückzuführen. Aber dafür werden die Reichen noch mit besonderen Subventionen bedacht, und die Bankdirektoren erhalten hunderte Millionen von Steuergebern aus den Taschen der Beschäftigten zur Sanierung ihrer bankrotten Institute.

Allein die letzten Geldkassen an das Finanzkapital sind angehts der Volkswirtschaft ungenügend. So erhielt die Danziger Bank bekanntlich 48 Millionen, die Dresdener Bank 300 Millionen, für die Garantie- und Hypothekbank wurden 140 Mil-

in einem Interview an die Daily Mail betont, es sei...

„Die Festlegung internationaler Preise für Güter verleiht Qualität und die Auswertung handelsüblicher Industrieller und kommerzieller Konturen zu erhöhen. Schließlich würde ich gern internationale Beziehungen zur Regulierung der hohen Zollerlöse sehen, und ich treue mich, sagen zu können, daß dies nicht nur ein frommer Wunsch ist."

Damit ist die Linie für die internationalen Märkte der Bourgeoisie angegeben. Aber es ist selbstverständlich, daß die Industrie- und Finanzkräfte der kapitalistischen Länder auf die Verschärfung des Zollkrieges verzichten. In dieser Zusammenhang ist interessant, wie sich die internationalen Beziehungen die „Lösung" dieser Schwierigkeiten vorstellen. So die Beratungen des Stützpunktsausschusses der WZJ in Paris, die vorgeschlagen, die Verlängerung der Kredit soll dann abhängig gemacht werden, daß außer den Banken auch die Industrie für die Kredite haften. Das heißt praktisch:

Die internationalen Fiskalle wollen sich in noch größerer Maße als bisher an der direkten Ausplünderung des Volkes der deutschen Produktion beteiligen. Die deutschen Arbeiter wollen mehr von der... (Text ist hier teilweise unlesbar)

Neuer Landbundführer — ein Faschist



Zum Vorsitzenden der Christlich-nationalen Landpartei wurde der berüchtigte Faschist Rittergutsbesitzer W. v. H. u. n. i. h. gewählt. Vor dem Kriege war er Offizier der Kolonialtruppen in Afrika und nach dem Kriege in den faschistischen Formationen in Ostpreußen. Seine Stellung als Rittergutsbesitzer und seine aktive faschistische Rolle zeigen, welchen Ausmaß die Landpartei einschlagen will. Dieser Führer ist einer der ärgsten Feinde der Klein- und Mittelbauern, die sich vom Landvolk ab zum Kommunismus wenden.

linsen flüchtig gemacht, und Herr Schied schritt „topfer" voran; er garantiert gleichfalls für Bankrottfälle aus Steuererträgen durch die Justiz Staatsbankrotts (die Städte- und Staatsbank, für welche die großen Gemeinden haften, folgt); somit wird die ganze öffentliche Finanzwirtschaft abhängig von den Interessen dieser Großbanken. Die Sparkassen-Kontroversen werden die Mittel sämtlicher Sparkassen und gemeinnützigen Anstalten gleichfalls den Großbanken aus. Der Staat muß somit sämtliche Verluste der kapitalistischen Katastrophenpolitik tragen. Es wird zwar gesagt, daß i. B. die 300 Millionen Reichsmark für die Dresdener Bank „allmählich" wieder eingezogen werden. Aber jeder, der einigermaßen Verständnis für die Situation hat, weiß: den 300 Millionen weitere Millionen folgen. Die Katastrophe des Kapitalismus ist durch eine vorübergehende Unterfütterung der Banken mit hundert Millionen Reichsmark aber nicht abwendbar.

Die deutsche Bourgeoisie ist sich der Ausweglosigkeit aus dieser Katastrophe völlig bewußt. Nachdem der frühere USA-Botschafter S. H. u. m. a. n. vor einigen Tagen erklärte: Deutschland könne nur Reparationen zahlen, wenn die Forderungen in allen Ländern zu seinen Gunsten gestellt werden, hat jetzt Brüning

Dieses Protokoll... nicht nur keine Erleichterung, sondern eine geradezu unheimliche Verschärfung, die jetzt ihren unmittelbaren Ausdruck in der nächsten, bereits angekündigten hohen Lohn-, Gehalts- und Unterhaltungsabnahme findet.

Alle Pläne, die in den letzten Tagen „zur Rettung Deutschlands" geschmiedet wurden, sind nichts anderes als geradezu ungeheuerliche Angriffe gegen die Millionen Volkswaffen, denen weitere Mißhandlungen für die Reichen auf Kosten der Beschäftigten. Die Volksempörung nimmt zusehends die letzten Maßnahmen selbstverständlich die erschütterten Massen an. Selbst jene Schichten, die bisher noch hofften, die große Wende die katastrophale Not beilegen können, erkennen: die Ausbeuterklasse teilt, um sich in der Krise zu behaupten, alle Volkseinkünfte und -interessen brutal in den Tod. Deshalb der ganze Kampf zum Kommunismus. Haben die SPD-Arbeiter erkannt, daß auch die „linken" Führer zu Bödel, Seidewitz, Kleinheiß, Wolf u. Co. ebenso wie die Weis und Tarnow die Arbeiterinteressen mit Füßen treten und überdies die Lösung Hitler's: „Kriegsplan Kampf in Deutschland Kampf", eine solche offene Demagogie der SPD-Kartei, daß auch die ehrlichen aktiven Anhänger der SPD aus der Angelegenheit und Beamtenschaft klar erkennen: ebenso wie die SPD-Führer hat auch die Nazi-Führer ausgesandt Rechte der internationalen Bourgeoisie.

Brüning, dessen Maßnahmen gegen das verfallende Deutschland im Interesse des Großkapitals seinen Kuhn bei allen Volkswaffen heigerte, hat ebenso wie die Hitler, Weis und Co. den Schlagtrug ausgeliefert: „Der größte Feind ist der Faschismus", als er dem Vertreter der Daily Mail sein Interview gab. Das ist jetzt der Kampf aller Volkswaffen mit der SPD: bis zu den Nazi-Führern. Sie pöbeln vor dem Kommunismus, weil die SPD die einzige Partei ist, die sich an der Spitze aller Ausbeuteten wagt und den Kampf für Freiheit, Brot und Arbeit organisiert. Der Kommunismus, das Regime in der Sowjetunion in den ganzen Jahren des Bolschewismus führt, leitend ist die Lebens- und Kulturkämpfe aller Unterdrückten und Ausbeuteten vorwärts. In kapitalistische Barbarei austreten, in der heißt: Katastrophe unterrichtet für die durch die kapitalistische Krise betroffenen Massen. Deshalb die Begeisterung des merkwürdigen Volkes für den Kommunismus, der auch den Leiden der Beschäftigten in Deutschland ein Ende machen wird. Mögen die Faschisten gefahren. Vor dem Volk hebt heute einhellig die Entscheidung durch die Taten aufgesetzt: Fortbestand des Kapitalismus ist Verschärfung des Elends — nur der Kommunismus rettet das Volk aus der Not.

Schwere Eisenbahnkatastrophe, 12 Tote!

D-Zug Rom—Wien auf Güterzug aufgefahren

Wien, 17. August. (Eigener Bericht.)

Der Schnellzug Rom—Wien, der zum größten Teil Ferienreisende beförderte, ist in der Nacht zum Sonntag in Steiermark auf einen Güterzug aufgefahren. 12 Personen wurden getötet, 10 schwer verletzt.

Die Ursache soll darin zu suchen sein, daß für den D-Zug das Signal „freie Fahrt" aufgezogen war, abgesehen der Güterzug ans bisher noch nicht einwandfrei feststehender Ursache auf offener Strecke stehen geblieben war. Der Zusammenstoß selbst erfolgte mit so ungeheurer Wucht, daß die zwei Wagen, deren Insassen getötet oder schwer verletzt wurden, völlig ineinandergeschleift wurden und die Opfer fürchtbare Verwundungen erlitten. Glücklicherweise wurde ein Wagen, der mit Ferienkindern aus Wien besetzt war, nicht beschädigt. Die Fahrdienstleiter der beiden Stationen, zwischen denen sich das Unglück ereignete, wurden verhaftet. Der radikale Personalabbau, der in Österreich ebenso wie in Deutschland durchgeführt worden ist, wird allgemein als die Hauptursache dieser Katastrophe betrachtet.

SPD-Flugblattverteiler erstochen

Bourgeoisie-Dresse steigert Kommunismode

Leipzig, 17. August. (Eigene Meldung.) Am Sonnabendmorgen verteilten sozialdemokratische Funktionäre im proletarischen Weiten Leipzigs ein gemeinsames Flugblatt gegen die kommunistische Partei. Fünf bis sechs Schüler hatten die ganze Gegend abgeheilt und propagierten jedem, der die Flugblätter nicht annahm. Es kam sogar soweit, daß sie tätlich wurden. Es entstand eine Distinktion mit den Arbeitern. Bei der Distinktion ignorierte ein Schulmann sein Koppel ab, um auf die Arbeiter einzuschlagen. Die Arbeiter entwandten ihm das Koppel und es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf ein Loter und zwei Schwererterle auf dem Pflaster blieben. Die

Folge war sofort zur Stelle und ging in müder Gemütsstimmung gegen die Arbeiter vor. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Diese Meldung wird von der bürgerlichen Presse glühend mit der höchsten Behauptung, Kommunisten seien die Täter gewesen. Die kommunistische Partei lehnt ganz entschieden alle Kampfmethoden mit den SPD-Funktionären ab. Selbst wenn es noch so leicht durch die Lügenmeldungen der SPD-Führer werden könnte. Wir wissen, daß auch diese SPD-Arbeiter noch zu der Überzeugung kommen, daß ihre Partei im Kampf um den Sozialismus nur die kommunistische Partei ist.

Zwangverkäufe in der Landwirtschaft

In Preußen wurden 1930 an landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen 115.000 Hektar zwangsversteigert. Die Zunahme der Zwangsversteigerungen zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Hektar
Im Durchschnitt der letzten 5 Versteigerungsjahre	22.000 Hektar jährlich
1927	35.000 Hektar jährlich
1928	42.000 Hektar jährlich
1929	79.000 Hektar jährlich
1930	115.000 Hektar jährlich

Im ganzen wurden 1930 rund 2000 Zwangsversteigerungen vorgenommen gegen 1300 im Jahre 1927 durchgeführt.

In einem einzigen Vierteljahr wird also gegenwärtig mehr Boden zwangsversteigert als in einem ganzen Jahr vor dem Kriege. Aber die Statistik zeigt nicht den wahren Umfang der bürgerlichen Zwangsversteigerungen. Denn viele Versteigerungen werden nicht zu Ende geführt, weil es einfach an Bietern fehlt. Die Masse der Zwangsversteigerungen trifft aber zunächst das lebende Inventar: Schweine, Rinder, Kühe, die zu einem Spottpreis veräußert werden, damit Hypothekendarlehen, Finanzamt usw. ihren angeblichen „Recht" kommen. Dabei hat der Bauer meistens das geliebte Kapital in Gestalt hoher Zinsen schon verpfändet.

Gegen die wachsende Seuche der Zwangsversteigerungen gibt es nur ein Mittel: Zusammenhalten! Die Taxen der Zwangsversteigerungen werden aufgehoben und die Versteigerungen werden durch die staatlichen Zwangsversteigerungen ersetzt.